

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 17/ März 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr meine Pressemitteilungen seit Dezember sowie einen Programmentwurf für die Bezirkstagswahlen 2019 von Frank Eschrich. Ich wünsche euch viel Spaß und Information beim Lesen.

Weitere Informationen wie immer auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de.

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Pressemitteilungen

Pressemitteilung 2. Februar 2018

Landesregierung lässt Hofgut Neumühle fallen

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Kahlschlag-Politik beschädigt den Bezirksverband in seiner Gesamtheit

Das Hofgut Neumühle mit seiner Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung ist ein wichtiges Standbein des Bezirksverbandes und die dort stattfindende überbetriebliche Ausbildung für angehende Landwirte gehört zu seinen Kernkompetenzen. Die Absage der Landesregierung, sich an der Finanzierung der dringend notwendigen Modernisierung der Lehrwerkstatt für Schweinehaltung zu beteiligen, dürfte das mittelfristige Aus für die gesamte Einrichtung bedeuten.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Entweder ist sich die Landesregierung der Tragweite ihrer Entscheidung nicht bewusst oder sie nimmt das drohende Aus für das Hofgut Neumühle billigend in Kauf. Bezeichnend ist die Argumentation von Staatssekretär Andy Becht. Wer von Schweineproduktion spricht und der Industriellen Qualtierhaltung in anderen Bundesländern das Wort redet, hat überhaupt nicht verstanden, um was es im Hofgut Neumühle geht. Es geht gerade nicht darum, den Blick für eine wettbewerbsfähige Schweinehaltung zu schärfen, wie

Staatssekretär Becht meint, sondern um die dem Bezirksverband übertragenen Aufgaben im Natur- und Verbraucherschutz. Das 1951 gegründete Hofgut Neumühle ist für die Aus- und Fortbildung in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie für die überbetriebliche Erst- sowie Meisterausbildung in den Bereichen Milchkühe, Rinderaufzucht, Schafe und Schweine zuständig. Darüber hinaus ist die Einrichtung Sitz der im EU-Raum einzigartigen Bundesfachschule Vieh und Fleisch und erfüllt einen wichtigen Bildungsauftrag in der nachhaltigen Umwelterziehung des Landes Rheinland-Pfalz. Dies alles ist früher oder später Geschichte, wenn die amtlicherseits festgestellten baulichen Mängel in der Schweinehaltung des Hofguts nicht beseitigt werden können. Ganz zu Recht spricht der Vorsitzende des Bezirkstags Theo Wieder deshalb von der Liquidation des Ausbildungsstandorts Neumühle, die den Bezirksverband in seiner Gesamtheit beschädigt und ihn durch eine unverantwortliche Kahlschlag-Politik eines seiner Standbeine beraubt.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Pressemitteilung 27. März 2018

Projekt des Forstamtes Westrich mit Bildung für nachhaltige Entwicklung verknüpfen

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen hat Rahmenbedingungen geschaffen

Im Februar hat der Ausschuss für das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen des Bezirkstags Pfalz das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung im Pfälzerwald“ verabschiedet. Das Konzept basiert auf den internationalen und nationalen Aktionsplänen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und schafft die Voraussetzungen für gemeinsame Projekt und ein gemeinsames Handeln aller Akteure in den Bereichen Bildung, Naturschutz und Naturerleben. Das Bildungskonzept wird als Leitlinie für alle gesellschaftlichen Gruppen angeboten, die im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung aktiv sind.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Die Initiative des Forstamtes Westrich, Waldpädagogen und zertifizierte Natur- und Landschaftsführer für Umweltbildung einzusetzen, ist unbedingt begrüßenswert und zeigt, dass Engagement und Eigeninitiative wichtige Faktoren sind, um Projekte voranzutreiben. Die in internationalen und nationalen Aktionsplänen verabschiedeten Standards gehen jedoch weit über Umweltbildung und die Erfahrbarkeit von Naturerlebnissen hinaus: Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein ganzheitlicher Ansatz, der bei frühkindlicher Bildung beginnt und auf eine Veränderung des individuellen Lebensstils hin zu einer nachhaltigen Lebensweise hinarbeitet. Das vom Naturparkausschuss des Bezirksverbandes verabschiedete Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung im Pfälzerwald beinhaltet das Angebot zur Teilnahme und gemeinsamen Gestaltung dieses Prozesses für alle Akteure in diesem Bereich. Deshalb liegt es nahe, das Projekt des Forstamtes Westrich mit dem bereits vorliegenden Handlungsrahmen zu verknüpfen, gemeinsame Ziele zu formulieren und das begrüßenswerte Engagement von Theodor Ringeisen und Dieter Müller in

das Gesamtkonzept einzubinden. Zumal Landesforsten Rheinland-Pfalz und seine Plattform wald-rlp.de einer der Hauptakteure des vom Bezirksverband auf den Weg gebrachten Konzeptes für Bildung für nachhaltige Entwicklung ist.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Programmmentwurf für die Wahl des Bezirkstages Pfalz 2019

Vorwort

Der Bezirksverband Pfalz umfasst die 8 kreisfreien Städte und 8 Landkreise der Pfalz und erfüllt wichtige Funktion in den Bereichen Kultur, Bildung, Gesundheit, Soziales sowie Natur- und Verbraucherschutz. Der Bezirksverband ist Träger des Pfalztheaters, der Pfalzgalerie, der Pfalzlinik für Psychiatrie, der Meisterschule für Handwerker, des Pfalzinstituts für Hören und Sehen, des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen, der landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalt und ist Hauptaktionär der Pfalzwerke. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen und unterstreicht die wichtige Rolle, die der Bezirksverband im gesellschaftlichen Leben der Pfalz einnimmt.

Das pfälzische Parlament ist der Bezirkstag, der sich aus 29 Mitgliedern zusammensetzt und alle wichtigen Entscheidungen in den oben genannten Bereichen zu treffen hat. Die inhaltliche Zuarbeit und Vorberatung erfolgt in zahlreichen Ausschüssen, wie dem Bezirksausschuss, dem Kulturausschuss, dem Schulträgerausschuss, dem Naturparkausschuss und weiteren Gremien.

DIE LINKE ist seit 2014 mit Brigitte Freihold als Mitglied des Bezirkstages und mit weiteren engagierten Mitgliedern in den Ausschüssen und Gremien des Bezirkstags vertreten. DIE LINKE wirkt: Als soziales Korrektiv bei allen Entscheidungen des Bezirkstags und seiner Gremien, als Anwältin der Beschäftigten und ihrer berechtigten Interessen, als Mahnerin für Umwelt- und Verbraucherschutz, als Fürsprecherin von Patienten und sozial Benachteiligten genauso wie als Initiatorin von sozialen, ökologischen und kulturellen Projekten.

2019 finden turnusgemäß Neuwahlen des pfälzischen Kommunalparlamentes statt. Die öffentliche Wahrnehmung des Bezirksverbandes und der politischen Arbeit des Bezirkstages entspricht bei weitem nicht der Verantwortung und der Fülle von Aufgaben, die der Bezirksverband trägt und der Bezirkstag zu entscheiden hat. DIE LINKE hat sich vorgenommen, dies zu ändern: Durch kompetente und kontinuierliche politische Arbeit, durch direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen, durch Offenheit, Transparenz und klare politische Aussagen und nicht zuletzt durch Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit der handelnden Personen. Nur so kann man der Enttäuschung und Abwendung vieler Menschen von Politik begegnen und Rechtspopulisten und Rechtsextremen entgegenwirken. DIE LINKE will 2019 in Fraktionsstärke in den Bezirkstag einziehen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die hier lebenden Menschen und ihre Bedürfnisse, Wünsche, Sorgen und Nöte: 100 Prozent Sozial, auch kommunal!

Politische Schwerpunkte für die Wahlperiode 2019 – 2024 des Bezirkstages Pfalz

Das liebe Geld....Anfang und Ende der politischen Gestaltung

Das Land Rheinland-Pfalz hat viele wichtige und existenzielle Aufgaben und Pflichten an den Bezirksverband übertragen. Als Gewährsträger des Pfalzklinikums für Psychiatrie erfüllt der Bezirksverband originär landespolitische Aufgaben – allerdings ohne entsprechende Finanzierung. Dem Pfalzklinikum in Klingenmünster und seinen Außenstandorten wurden Pflichtaufgaben der psychiatrischen Gesundheitsfürsorge übertragen, wie sie in anderen Landesteilen von Landeskrankenhäusern unter direkter Regie des Gesundheitsministeriums erbracht werden. Nicht übertragen hat die Landesregierung die dafür notwendigen finanziellen Mittel: Während Landeskrankenhäuser per Gesetz auskömmlich zu finanzieren und auszustatten sind, wird das Pfalzklinikum über Landeszuschüsse refinanziert, die alles andere als auskömmlich sind. Dies betrifft insbesondere die Klinikgebäude und die Personalausstattung mit der Folge, dass dringend notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen immer wieder verschoben werden müssen und der Pflegeaufwand sich nicht an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten, sondern an der Kassenlage des Landes orientiert.

Das Beispiel Pfalzklinikum ist auf nahezu alle Aufgabengebiete des Bezirksverbandes übertragbar:

Der Bezirksverband als Träger des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen hat die Auflagen und Bestimmungen der Naturparkverordnung und des rheinlandpfälzischen Naturschutzgesetzes zu erfüllen. Doch womit? Auf Grund fehlender Finanzmittel und nicht erfüllbarer Auflagen droht inzwischen gar der Entzug des Status Biosphärenreservat durch das MAB-Nationalkomitee. Gemäß Bezirkstagsordnung muss das Land für dem Bezirksverband übertragene Aufgaben finanziell gerade stehen, d.h. übertragene Aufgaben sind vom Land finanziell auszugleichen. Die Forderung des Bezirksverbandes muss lauten, dass dem Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen im Landeshaushalt ein eigener Haushaltsansatz in ähnlicher Höhe wie dem Nationalpark Hunsrück zur Verfügung gestellt wird. Nur so kann der Träger Bezirksverband seine damit verbundenen Aufgaben auch erfüllen.

Die Landesregierung schmückt sich wie alle Regierungen und Verantwortungsträger gerne mit Kunst und Kultur. In Sonntagsreden wird regelmäßig und zu Recht die Bedeutung des Pfalztheaters, der Pfalzgalerie, des Historischen Museums der Pfalz oder der rheinlandpfälzischen Staatsphilharmonie hervorgehoben und deren herausragende künstlerischen und kulturellen Leistungen gewürdigt. Geht es jedoch beispielsweise darum, anstehende und keineswegs exorbitante Tarifierhöhungen der Beschäftigten dieser Kultureinrichtungen zu finanzieren, duckt sich die Landesregierung weg und verweist auf die Verantwortung der Träger.

Die Pfalzakademie in Lambrecht kämpft um das finanzielle Überleben und schiebt einen beträchtlichen Sanierungsstau vor sich her. Dem Hofgut Neumühle und seiner Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung wurden sämtliche Zuschüsse gekürzt. Das

pfälzische Hüttenwesen ist seiner Gesamtheit baulich so marode und sanierungsbedürftig, dass auf Grund unhaltbarer sanitärer Zustände oder ungelöster Abwasserprobleme die Schließung zahlreicher Hütten droht. Mehr öffentliches Interesse ist deshalb auch für die Bewältigung der „Großbaustelle“ Hüttenwesen notwendig. Hier besteht seit Jahrzehnten ein beträchtlicher Sanierungs- und Renovierungsstau, der ohne angemessene finanzielle Beteiligung des Landes nicht einmal ansatzweise über den Haushalt des Bezirksverbandes oder Finanzmittel der Betreiber und Trägervereine zu bewältigen ist. Dies betrifft bei weitem nicht nur Hygiene-Standards, Toilettenanlagen oder Brandschutz, sondern ebenso energetische Sanierungsmaßnahmen, die Energieversorgung sowie die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der pfälzischen Hütten und Ausflugsziele.

Die Reihe ungelöster und sträflich missachteter Finanzierungsfragen im Zuständigkeitsbereich des Bezirksverbandes ließe sich fortsetzen. Die vom Land Rheinland-Pfalz auf den Bezirksverband übertragenen Aufgaben und Pflichtaufgaben müssen von der Landesregierung bedarfsgerecht und auskömmlich finanziert werden. Wer Kultur, Naturschutz, Tourismus und Gesundheitsfürsorge aufrechterhalten will, muss bereit sein, dafür in die Tasche zu greifen.

Die Mittel des Bezirksverbandes dienen fast vollständig der Aufrechterhaltung der normalen Geschäftstätigkeit. Die Verschuldung des Bezirksverbandes betrifft unmittelbar und direkt die Substanz. Die kontinuierlich schrumpfende Eigenkapitaldecke ist dafür ein deutliches Indiz. Das Eigenkapital hat sich von 42,5 Millionen Euro in 2015 auf geplante 32,6 Millionen im Haushaltsentwurf 2018 verringert und wird voraussichtlich bis 2021 auf rund 28 Millionen um mehr als ein Drittel geschrumpft sein. Gleichzeitig fallen die geplanten Zuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz auch in den kommenden Jahren zu gering aus, um einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Es ist daher nicht absehbar, wann das Wirtschaften auf Verschleiß aufhören könnte. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, ist die noch vorhandene Substanz in absehbarer Zeit aufgebraucht.

DIE LINKE fordert daher die strikte Einhaltung des in der rheinlandpfälzischen Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, bezahlt! Darüber hinaus hat die Landesregierung ihre Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) anzuweisen, ihre kulturzerstörerische Deckelung sogenannter freiwilliger Leistungen aufzuheben: Nach geltender Verordnung müssen in verschuldeten Kommunen – und das sind die meisten im Bezirksverband Pfalz - Mehrausgaben bei der einen freiwilligen Leistung durch Einsparungen bei der anderen freiwilligen Leistung gegenfinanziert werden. Die ADD stellt mit ihrem Verhalten die Kommunen letztendlich vor die Wahl, entweder ein Theater zu schließen, um das Schwimmbad zu erhalten oder umgekehrt.

DIE LINKE wird im Bezirkstag das Grundrecht auf kommunale Selbstverwaltung verteidigen, sich für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge einsetzen und ein Totsparen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger bekämpfen.

Wirtschaftliche Entwicklung fördern, natürliche Umwelt erhalten: Was geht und was gar nicht geht

Die Pfalz ist eine überwiegend ländlich geprägte Region und verfügt über die größte zusammenhängende Waldfläche der Bundesrepublik. Neben Weinbau und Landwirtschaft kommt deshalb einer nachhaltigen Nutzung des Waldes als Wirtschaftsfaktor eine besondere Bedeutung zu. Dies wird insbesondere durch strukturelle Hemmnisse behindert. Schon im Pflege- und Entwicklungsplan Naturpark Pfälzerwald von 2002 wurde darauf hingewiesen, dass sich große Areale der bewaldeten Fläche des Naturparks als Klein- und Kleinstflächen im Besitz von 5000 privaten Waldbesitzern befinden. Während der Staats- und Gemeindewald gut erschlossen und gut gepflegt ist, wird ein großer Teil des Privatwaldes aufgrund mangelnder Rentabilität nur unregelmäßig oder auch gar nicht bewirtschaftet. Unklare Besitzverhältnisse, eine enorme und unübersichtliche Anzahl von Klein- und Kleinstflächen und die unterschiedlichen Vorstellungen der Privatwaldbesitzer verhindern eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Nutzung dieser Waldflächen. Am Anfang aller Bemühungen für die Erfüllung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion bei einer nachhaltigen Nutzung des Privatwaldes steht eine gründliche Bestandsaufnahme der Privatwaldflächen. Diese umfasst neben der Darstellung der aktuellen Besitzverhältnisse auch die vorhandenen Baumbestände und daraus ableitbare Nutzungsmöglichkeiten. Neben der klassischen Holznutzung können aber auch andere gesellschaftliche Erwartungen an die Waldbewirtschaftung erfüllt werden, wie beispielsweise Beiträge zum Naturschutz durch Biotopbäume, Alt- und Totholz oder Naturdenkmäler, aber auch touristische Aspekte, z.B. Aussichtspunkte und Ruheplätze. Um diese Optionen realisieren zu können, müssen auch strukturelle Gegebenheiten, wie die Erschließung durch Holzabfuhrwege und die Möglichkeiten der Bündelung von hinreichend großen Bewirtschaftungseinheiten, für die Holzernte erfasst werden. Dies wäre auch von besonderem Nutzen für den Naturpark Pfälzer Wald – in Bezug auf die regionale Wertschöpfung -, dessen Träger der Bezirksverband Pfalz ist. Es ist aus Sicht einer nachhaltigen Regionalentwicklung unerlässlich, die zukünftige Nutzung des Privatwaldes nicht der Beliebigkeit und Zufälligkeit zu überlassen. In diesem Sinne ist der Bezirksverband als Träger des Biosphärenreservats Naturpark Pfälzerwald-Nordvogesen gefordert, in seiner Vorbildfunktion Aufklärungsarbeit für eine naturnahe und naturschonende Waldnutzung zu betreiben und einer nachhaltigen Privatwaldbewirtschaftung den Weg zu bereiten. Dabei kann es nicht nur um das Durchforsten von seit Jahrzehnten vernachlässigten Beständen gehen, sondern auch um die Herstellung einer möglichst naturnahen Baumartenzusammensetzung mit entsprechenden Mischungsverhältnissen im Sinne der Biodiversität. Dies ist nicht nur ein sinnvoller Beitrag zum Natur- und Artenschutz, sondern spart letztendlich auch den Privatwaldbesitzern Verluste durch Schädlingsbefall oder Windbruch, bei gleichzeitiger Wertschöpfung durch die Holzmobilisierung.

Ökologisch und ökonomisch abwegig und sämtlichen Schutzgesetzen für Verbraucher, Natur und Trinkwasser entgegenstehend sind offensichtlich existierende Pläne, im Nordpfälzer Bergland vorhandene Schiefergasvorkommen mit Frackingmethoden zugänglich zu machen. Laut Medienberichten soll es im Nordpfälzer Bergland und im oberen Rheingraben Schiefergasvorkommen geben, die durch Fracking erschlossen werden könnten. Die BASF in Ludwigshafen hatte

dazu bereits 2013 in der Öffentlichkeit verkündet, dass das Unternehmen Fracking-Methoden erforschen wolle und den Einsatz von Fracking prüfe.

Die durch Fracking entstehenden Risiken für Mensch, Natur und Umwelt sind nur durch generelles Verbot für diese Fördermethode tatsächlich auszuschließen. DIE LINKE wird im Bezirkstag darauf hinwirken, dass sich das pfälzische Parlament für einen Stopp von entsprechenden Forschungsprojekten einsetzt und sich für ein generelles Verbot von Fracking in der Pfalz ausspricht.

In unmittelbarer Nachbarschaft zu Rheinland-Pfalz befinden sich die Kernkraftwerke Tihange (Belgien), Cattenom (Frankreich), Fessenheim (Frankreich), Biblis (Hessen) und Philippsburg (Baden-Württemberg). Das rheinlandpfälzische AKW Mühlheim-Kärlich befindet sich bereits im Rückbau. Die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer unter Trägerschaft des Bezirksverbandes führt im Auftrag des rheinlandpfälzischen Umweltministeriums regelmäßig Messungen der radioaktiven Belastung durch, die durch diese Kernkraftwerke freigesetzt wird.

Insbesondere die Kernkraftwerke in Tihange und Cattenom stellen ein hohes Gefahrenpotenzial für die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und weit darüber hinaus dar. Cattenom gehört zu den größten Kernkraftwerken in Westeuropa und bisher wurden 750 Störfälle nach der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse registriert. Die insgesamt vier Reaktoren sind veraltet, störanfällig und unzulässig gegen äußere Einflüsse, beispielsweise Flugzeugabstürze, geschützt. Am Druckbehälter von Block zwei im belgischen Atommeiler Tihange sind seit Jahren tausende Haarrisse bekannt, dennoch ging das marode Kraftwerk nach einer vorübergehenden Abschaltung wieder ans Netz und wurde die Laufzeit nochmals um 10 Jahre verlängert. Am 22. März 2016 wurde das Kernkraftwerk Tihange im Zuge der Terroranschläge von Brüssel evakuiert, weil der belgischen Regierung Kenntnisse über Planungen gezielter Angriffe vorlagen.

Cattenom ist in Luftlinie von Kaiserslautern lediglich 110 Kilometer entfernt, das AKW Tihange rund 200 Kilometer. Radioaktivität macht vor Grenzen nicht halt. Bestehende Katastrophenschutzpläne sind Makulatur und gehen von unrealistischen Evakuierungsradien von nur wenigen Kilometern aus. Bei schweren atomaren Katastrophen, bei denen in kurzer Zeit ein Großteil des radioaktiven Materials in die Atmosphäre gelangt, sind je nach Windrichtung und Windgeschwindigkeit auch Radien von mehreren Hundert Kilometern realistisch, die umgehend evakuiert werden müssten. Es braucht nur wenig Vorstellungskraft, um sich zu verdeutlichen, welchen Gefahren die Bevölkerung im Umkreis von hunderten Kilometern ausgesetzt wäre, wenn es in einem der genannten Kernkraftwerke zu einem Super-Gau wie in Tschernobyl kommt, oder einer der Atommeiler Ziel eines terroristischen Angriffs wird.

Der Bezirksverband Pfalz hat sich Natur- und Verbraucherschutz auf die Fahnen geschrieben und leistet über die LUFA-Speyer wichtige Forschungsarbeit für eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Die damit verbundenen Projekte und Fortschritte einer naturnahen Bewirtschaftung stehen allesamt unter dem Damoklesschwert einer drohenden atomaren Katastrophe, die Luft, Boden und Wasser für Jahrzehnte oder noch viel länger verseuchen würde. Nach Auffassung der LINKEN gehört es zu den Aufgaben auch Kommune, erst Recht eines kommunalen Verbandes wie dem Bezirksverband Pfalz, für den Schutz der Bevölkerung und der natürlichen Umwelt vor den Auswirkungen einer atomaren Katastrophe einzutreten und dies entsprechend politisch zu artikulieren.

DIE LINKE im Bezirkstag wird sich dafür einsetzen, dass der Bezirksverband den bereits artikulierten Protestnoten verschiedener Kommunen anschließt und die Stilllegung der Kernkraftwerke Cattenom und Tihange fordert.

Biosphärenreservat Pfälzerwald – Nordvogesen: Motivationsoffensive, Neuausrichtung des Handlungsprogramms, Biosphärenstatus sichern

DIE LINKE unterstützt die Forderung des MAB-Komitees, die Erlebbarkeit und Spürbarkeit des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen deutlich zu erhöhen. Dazu sollte eine Transparenz- und Motivationsoffensive in die Wege geleitet werden. Vor dem Hintergrund der Fortschreibung des Handlungsprogramms über 2018 hinaus sollte umgehend ein breit angelegter, partizipativer Prozess einsetzen, der Kommunen, interkommunalen Zusammenschlüssen, Verbänden, Wirtschaftsunternehmen, aber auch Bürgerinitiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einräumt, sich aktiv und kritisch in diesen Zukunft gestaltenden Prozess einzubringen und so dazu beizutragen, dass der Geist des MAB-Programms Einzug in die Gesellschaft hält.

In den bisherigen Überlegungen und Ansätzen kommen insbesondere ökonomische und soziokulturelle Aspekte zu kurz, obwohl sie zu den verbindlichen Grundlagen des MAB-Konzeptes gehören. Diese sollen in den weiteren Fortschreibungen des Handlungsprogramms in konkreten Projekten mehr Berücksichtigung finden und Priorität bei der Umsetzung erhalten. Dazu sind bisherige Konzepte auszuwerten und in diesem Sinne zu ergänzen und fortzuschreiben.

Der Kern des MAB-Gedankens ist das nachhaltige Zusammenwirken von Mensch und Umwelt und nicht umsonst lautet eine der Kernaussagen der UNESCO, dass Biosphärenreservate der Erforschung der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt zu dienen haben. Dieser Grundgedanke ist stärker als bisher zu berücksichtigen und daraus abgeleitete Forschungsprojekte umzusetzen. DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, ihrer vertraglichen Verpflichtung endlich nachzukommen und personelle und finanzielle Kapazitäten für ein integriertes Monitoring bereitzustellen, das ökologische, ökonomische und soziokulturelle Aspekte in ihrer Gesamtheit betrachtet.

Im MAB-Programm der UNESCO wird der Schwerpunkt der Aktivitäten auf die Wechselwirkung und das Zusammenwirken von Mensch und Umwelt als wesentliche Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung angesehen. Darauf hatte das MAB-Nationalkomitee bereits bei der letzten Überprüfung des Naturparks hingewiesen und festgestellt, dass weder im Bereich Forschung noch Monitoring die im Gebiet lebende Bevölkerung eine nennenswerte Rolle spielt. Bislang umfasste das Handlungsspektrum des Naturparks Pfälzerwald-Nordvogesen lediglich am Rande die existenziellen Grundbedürfnisse der im Biosphärenreservat lebenden Bevölkerung im Hinblick auf die Daseinsfürsorge. Die Landesregierung wurde bereits 2013 aufgefordert, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen, um dem MAB-Grundgedanken und den soziokulturellen Bedürfnissen der im Naturpark lebenden Menschen gerecht zu werden.

Die bisherige Schwerpunktsetzung in Richtung Ökologie, Bildung, Tourismus und Regionalvermarktung ist sicher richtig, vernachlässigt bislang jedoch die entscheidenden Parameter.

Ein zukünftiges Handlungsprogramm muss einen konkreten Gebrauchswert für die hier lebenden Menschen haben und ihre Bedürfnisse in Einklang mit den geplanten ökologischen und ökonomischen Projekten bringen. Denn ohne die Bevölkerung lassen sich selbst die besten Projekte kaum umsetzen: Tourismus in ausgesiedelten Räumen, Landschaftspflege ohne Landwirte, Hütten ohne Personal, Bildungseinrichtungen ohne Schüler, Regionalvermarktung ohne Produzenten sind schwer vorstellbar, aber zunehmend realistisch. Dazu kommt eine überalterte und vielerorts verarmte Bevölkerung. Wer der Konterkarierung des MAB-Gedankens entgegentreten möchte, der muss, bei allem Respekt vor dem ökologischen Fokus, die Bewahrung des Ganzen im Auge haben. Im Falle des Biosphärenreservates gilt es daher in den kommenden Jahren das Augenmerk stärker auf den Menschen auszurichten, ohne dabei die Biosphäre zu vernachlässigen.

Um den Entzug des Biosphärenstatus abzuwenden fordert DIE LINKE daher eine grundsätzliche Neuausrichtung des laufenden Handlungsprogramms des Naturparks Pfälzerwald-Nordvogesen und die Aufnahme der Agenda-2030-Nachhaltigkeitsziele der UN. Diese Zielvorgaben umfassen unter anderem: Bekämpfung von Armut, Gesundheit und Wohlergehen, bezahlbare Energie, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, nachhaltige Städte und Gemeinden, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sowie Maßnahmen zum Klimaschutz.

Auch der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 10 gefährdet den Biosphärenstatus. Der vierspurige Ausbau der B 10 zwischen Pirmasens und Landau war und ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht schlicht unsinnig, unnötig, kontraproduktiv und eine schwere Hypothek für Mensch und Umwelt. Die per Gesetz geregelte Schutzfunktion wird durch die Zerschneidung des Biosphärenreservats durch den B 10-Ausbau, die Emissionsbelastungen und die Zunahme insbesondere des Schwerlastverkehrs nachhaltig zerstört und die Gesundheitsrisiken durch Feinstaub und Dieselruß potenziert.

Nach zahlreichen Mahnungen und letztlich offenen Drohungen des MAB-Nationalkomitees, den Biosphärenstatus zu entziehen, sollten die Kernzonen des Biosphärenreservats nach mehr als 10 Jahren Hick-Hack nicht endlich auf die vorgeschriebenen 3 Prozent der Gesamtfläche erweitert werden, wurde 2017 dieser Forderung nachgekommen. Bei näherer Betrachtung stellt sich die Erweiterung dieser speziellen Schutzzonen als ein Flickenteppich aus Klein- und Kleinstflächen dar, oftmals nicht größer als ein Fußballfeld. Der in der Landesverordnung geregelte umfassende Schutzzweck kann mit solchen Kernzonenfragmenten nicht gewährleistet werden. Zu mächtig waren die zahlreichen, überwiegend pekuniären Partikularinteressen der Kommunen, der Tourismus- und der Forstwirtschaft. Dies alles geht nicht zusammen mit den Bestimmungen, die für Kernzonen des Biosphärenreservats gelten. Mit dem Projekt „Life Biokorridore“, finanziert von der EU, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Bezirksverband Pfalz und den französischen Partnern soll nun versucht werden, durch Biokorridore die natürlichen Wanderwege von Tieren zu erhalten und Ausbreitungsmöglichkeiten für einen naturnahen Pflanzenbewuchs zu schaffen. Die bescheidene Anzahl und Ausdehnung der dadurch geschaffenen Korridore für den Artenschutz und den Erhalt der Biodiversität sind letztendlich reine Augenwischerei.

Mitten im Naturpark befinden sich zahlreiche ehemalige Militärstandorte mit entsprechenden militärischen Altlasten, die eine Gefahr für Umwelt und Natur darstellen. Darüber hinaus sind diese Gelände wenig zuträglich für den Naturpark als Naherholungsgebiet und wichtiger Tourismusfaktor. Insbesondere die verseuchten Böden stellen eine Gefährdung für den Biosphärenstatus dar und sind ein ernsthaftes Risiko für Wasserschutzgebiete und die Trinkwasserversorgung. Als es um politische Statements gegen Windkraft im Pfälzerwald ging, setzte sich der Bezirksverband Pfalz mit seinem Windkraftmoratorium an die Spitze der Windkraftgegner. Bei der Beseitigung von militärischen Altlasten hingegen fehlen ein vergleichbares Engagement und der politische Druck des pfälzischen Parlaments.

DIE LINKE im Bezirkstag wird weiterhin darauf drängen, dass militärische Altlasten im Naturpark Pfälzerwald-Nordvogesen endlich fachgerecht entsorgt und die Überbleibsel des Kalten Krieges aus der Naturlandschaft Pfälzerwald verschwinden, damit die Gelände einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können.

Die direkten Zuschüsse des Landes für den Naturpark Pfälzerwald-Nordvogesen beschränken sich weitgehend auf Personalkosten für wissenschaftliche Mitarbeiter und Sachkosten. Die vielfältigen Aufgaben wie Natur- und Artenschutz, Klimaschutz, naturnahe Erholung, nachhaltiger Tourismus, Regionalentwicklung, Bildung und Information zu Landschaft und Natur oder umweltgerechte Landnutzung lassen sich damit bei weitem nicht finanzieren. Die damit verbundenen Kosten fließen – wenn überhaupt – innerhalb von speziellen Handlungsprogrammen der Landesregierung zurück, stellen aber keine eigenständige Finanzierungsgrundlage des Naturparks dar. Ansonsten verweist die Landesregierung gerne auf die Projektförderung durch EU-Töpfe, die damit dem Grunde nach zweckentfremdet werden.

DIE LINKE im Bezirkstag hält diesen „Verschiebebahnhof“ für rechtlich fragwürdig und wird dies weiterhin thematisieren. Der Naturpark Pfälzerwald-Nordvogesen ist keine Ansammlung fremd finanzierter Projekte, sondern eine Einrichtung des Bezirksverbandes Pfalz und als solche auskömmlich zu finanzieren.

Pfalzenergie und Pfalzwerke: Energiewende forcieren und sozial gestalten

Die selbst gesteckten Ziele der Plattform Pfalzenergie, Leistungen der angeschlossenen kommunalen Stadtwerke miteinander auszutauschen, Fixkosten zu senken, kooperative Lösungen zu suchen und Fachwissen zu ergänzen und zu vertiefen, ist in den Kinderschuhen stecken geblieben und wurde durch andere Entwicklungen sogar konterkariert. Hauptzweck war, sich als kommunales Unternehmen durch eine gemeinsame Plattform gegen den Einfluss der privaten Energiekonzerne zu behaupten. Dieser Zweck wurde mehr als verfehlt und einige Stadtwerke in der Pfalz sind der Pfalzenergie erst gar nicht beigetreten. Darüber hinaus haben sich teilweise die gleichen an der Pfalzenergie beteiligten Stadtwerke über die KOM9 Gruppe am Kauf der Thüga beteiligt und sich somit eine weitere Plattform mit annähernd gleicher Zielsetzung geschaffen. Faktisch gehören die Pfalzwerke zum Einflussbereich des RWE-Konzerns, während sich die ehemalige E.on Tochter Thüga bei Vattenfall und anderen direkten Konkurrenten von RWE beteiligt, neuerdings sogar wieder bei der ehemaligen Konzernmutter E.on. Statt sich gegenseitig zu stärken, machen sich die beteiligten Stadtwerke gegenseitig Konkurrenz bzw. sind nach wie vor Spielball der übermächtigen Energiekonzerne.

Insofern bietet Pflzenergie keinen Lösungsansatz für die tatsächlichen Probleme der kommunalen Stadtwerke. Ob eine sinnvolle Weiterentwicklung der Pflzenergie möglich ist, kann bezweifelt werden und es wird eine genaue Analyse stattfinden müssen, ob die Aufrechterhaltung der Gesellschaft überhaupt gerechtfertigt werden kann.

Zu den grundsätzlichen strategischen und politischen Weichenstellungen für eine sichere, bezahlbare und ökologisch sinnvolle Energieversorgung gehören die vollständige Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter kommunaler Energieversorgungsunternehmen und der Pflzwerke. Entscheidend ist die konsequente Umsetzung der Energiewende unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle, die dezentrale Energieerzeugung und –vermarktung durch kommunale Stadtwerke bzw. die Pflzwerke, die Finanzierung der Energiewende nicht über Umlagen, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen, die Senkung der Stromsteuer und weiterer Energieabgaben für Endverbraucher sowie die angemessene Beteiligung der Wirtschaft an den Kosten des Netzausbaus.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass sich die pfälzischen Kommunen und der Bezirksverband in seiner Gesamtheit zu einem gemeinschaftlichen Handeln im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden. Dazu sind weder die Pflzenergie, noch die Thüga geeignet, die letztlich genau die Konzerninteressen verfolgen, die im Widerspruch zu den Aufgaben kommunaler Stadtwerke und der Energiewende stehen.

Als strategischer Ansatz werden die Pflzwerke dann dem Druck der Konzerne widerstehen können, wenn sie sich mit auf den Weg der Unabhängigkeit begeben und nicht nur die Kosten, sondern auch die Gewinne des Stromgeschäftes im Unternehmen bleiben.

Mit einem durchdachten Ausbau der Windenergie müssen nicht zwangsläufig höhere Kosten für den Netzausbau entstehen. Windparks müssen dort angesiedelt werden, wo sich bereits Netze befinden bzw. mit möglichst geringem Aufwand angeschlossen werden können. Abwegig wäre, die weitgehend in kommunaler Hand befindlichen Unternehmen auch noch mit dem Netzausbau zu belasten. Die Ausschüttungen der Pflzwerke in den Haushalt des Bezirkstages sind konkret zu prüfen und zu hinterfragen, sobald die jeweiligen Jahresabschlüsse vorliegen. Dazu gibt es keine allgemeingültige Regel, außer dass der Bestand des Betriebes nicht gefährdet werden darf.

Nach Einschätzung des Weltklimarates besteht dringender Handlungsbedarf, den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 bis 70 Prozent zwischen 2010 und 2050 zu reduzieren und bis zum Ende des Jahrhunderts auf Null zu senken. Diese Klimaziele lassen sich nur verwirklichen, wenn die Energieerzeugung in großen Schritten komplett auf erneuerbare Quellen wie Sonne, Wind und Wasser umgestellt wird. Die Durchsetzung von Partikularinteressen nach dem „Sankt-Florians-Prinzip“ ist deshalb nicht zielführend. Es kann daher keine generellen Ausnahmeflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen geben, die nicht als solche bereits gesetzlich geregelt bzw. im gültigen Landesentwicklungsplan ausgewiesen sind.

Dem Bezirksverband als Dachorganisation von 16 kommunalen Gebietskörperschaften und Hauptaktionär der Pfalzwerke kommt eine entscheidende Rolle der Umsetzung einer sozialen Energiewende zu. Die bisherigen Erfolge sind mäßig: Das bis vor kurzem von den Pfalzwerken betriebene Geothermiekraftwerk in Landau hat eine ungewisse Zukunft und wird voraussichtlich ein Millionengrab. Mit der Photovoltaik-Anlage auf der Lärmschutzwand an der A6 werden für gerade einmal 20 Haushalte Strom erzeugt, mit den Biomassewerken Wörth I und II werden ein Badepark, eine Schule und einige Privathäuser versorgt. Mit diesen Beispielen lässt sich die Pfalzwerke AG als „Pionier für erneuerbare Energien“ in der Pfalz feiern. Die Pfalzwerke-Tochter Pfalzwind GmbH, die lediglich 63 Windräder betreibt, steckt tief in den roten Zahlen und führt gerichtliche Auseinandersetzungen mit dem Ex-Partner Juwi. Von einer Positionierung der Pfalzwerke auf dem Markt für erneuerbare Energien kann daher keine Rede sein.

DIE LINKE im Bezirkstag wird in den entsprechenden Gremien darauf hinwirken, dass der Bezirksverband als größter Anteilseigner der Pfalzwerke AG seine politische Lenkungsfunktion endlich wahrnimmt: Für den konsequenten Ausbau erneuerbaren Energien in einer sozial verträglichen und gerechten Art!

Pfalzklinikum: Regionalisierung vorantreiben, Patienten schützen, Privatisierung und Outsourcing stoppen

Die Regionalisierung des Pfalzklinikums, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, war ein wichtiger Schritt, um die Patientenversorgung in der Fläche zu verbessern und fachärztliche Kompetenz und stationäre sowie teilstationäre als auch ambulante Behandlung dezentral anbieten zu können. In diesem Bereich besteht noch großer Handlungsbedarf, da auch die Versorgung durch niedergelassene Fachärzte bei weitem nicht ausreichend ist. Auch die verstärkte Regionalisierung weiterer Fachgebiete wie Forensik oder Neurologie sollte vorangetrieben werden.

Die allgemeinen Menschenrechte gelten auch in der Psychiatrie und für die Patientinnen und Patienten, die sich einer psychiatrischen Behandlung anvertrauen. Eine Anfrage der Linksfraktion aus dem Jahr 2012 hatte ergeben, dass der Bundesregierung keinerlei valide Daten über den personenbezogenen Nutzen von Zwangsbehandlungen vorliegen und damit der Willkür Tür und Tor geöffnet sind. DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Landes- und Bundesverbandes der Psychiatrieerfahrenen e.V., eine unbedingte Einhaltung der UN-Behindertenkonvention für Psychiatriepatienten endlich durchzusetzen. Auch nach der Novellierung der Landespsychiatriegesetzes 2014 genügen die Rechtsnormen diesem Anspruch nicht. So entscheiden auch in Rheinland-Pfalz letztendlich die behandelnden Ärzte bzw. amtlich bestellten Betreuer, ob und welche Zwangsmaßnahmen angewendet werden oder nicht. Nach wie vor werden Zwangsmaßnahmen als rechtmäßig erachtet, sofern keine anderslautende Patientenverfügung vorliegt. Eine Pflicht, Zwangsmaßnahmen wie Fixierung oder die zwangsweise Verabreichung von Neuroleptika in einer Zwangsmaßnahmenmelde-datei zu dokumentieren, besteht noch immer nicht.

DIE LINKE im Bezirkstag wird die Forderungen des Verbandes der Psychiatrieerfahrenen aufgreifen und auf die politische Agenda des Bezirkstages

bringen, der als Gewährsträger des Pfalzklunikums auch die politische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in der Psychiatrie trägt.

Bereits im Jahr 2005 wurden ein erheblicher Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Pfalzklunikums in eine private Gesellschaft überführt und ganze Betriebszweige privatisiert. Die Beschäftigten der damals gegründeten Pfalzlinik Service GmbH kommen überwiegend aus den Bereichen Küche, Reinigung, Wäscherei, Bauflächen- und Facility-Management sowie dem Sicherheitsdienst. Für sie gilt ein eigener Tarifvertrag mit meist geringeren Leistungen im Vergleich zu den Angestellten des Pfalzklunikums. Im Pfalzklunikum existiert neben dem Personalrat für die angestellten Mitarbeiter auch den Betriebsrat der Pfalzklunikum Service GmbH. Da es unter den Beschäftigten in den genannten Bereichen auch Angestellte des Pfalzklunikums gibt, arbeiten Mitarbeiter am selben Arbeitsplatz mit verschiedenen Tarifverträgen, d.h. mit unterschiedlichen Vergütungen und Arbeitsbedingungen.

In erster Linie sind es Frauen, die von den Privatisierungsmaßnahmen des Pfalzklunikums und prekärer Beschäftigung betroffen sind. Sie arbeiten häufig als Reinigungskräfte und sind diejenigen, die bei hoher Arbeitsdichte im krankheitsbedingtem Ausfall der Kolleginnen und Kollegen auch deren Arbeit mit übernehmen müssen, da es kein Ersatzpersonal gibt. Ihre Entgelte für dieselben Tätigkeiten sind niedriger, sie erhalten keine Erschwerniszulagen, weniger Jahressonderzahlungen, weniger Urlaub. Der Kündigungsschutz ist aufgeweicht, bei der Altersvorsorge müssen die prekär Beschäftigten im Gegensatz zu den Kolleginnen und Kollegen des Pfalzklunikums den Arbeitnehmeranteil von 2,4 Prozent selber zahlen. Gerade für Beschäftigte in den untersten Lohngruppen stellt dies eine weitere erhebliche Gehaltseinbuße und soziale Härte dar! Besonders Frauen erreichen aus familiären Gründen öfter nicht die 60-monatige Mindestbeschäftigungsdauer, damit sich diese Zahlungen auf die Alterssicherung auswirken mit der Folge, dass die gezahlten Beiträge verfallen.

Die privatisierte Pfalzlinik Service GmbH hat Türöffner Funktionen für andere Teilbereiche, die aus öffentlicher Trägerschaft ausgegliedert und in privatwirtschaftlicher Art und Weise nur nach Gesichtspunkten der Rentabilität geführt werden. In erster Linie tragen die Kostenersparnisse durch die Schlechterstellung der Beschäftigten der Service GmbH gegenüber den nach TvöD-K bezahlten Mitarbeitern des Pfalzklunikums dazu bei, den Krankenhausetat zu entlasten und das drohende Defizit zu verhindern.

DIE LINKE sagt: Damit muss Schluss sein! Im Schulterschluss mit Personal- und Betriebsrat wird sich DIE LINKE im Bezirkstag in aller Deutlichkeit gegen Outsourcing und weitere Privatisierungsmaßnahmen positionieren. Auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Gesundheitswesen dürfen die Fehlentwicklungen und Sachzwänge eines auf Profitmaximierung ausgelegten Gesundheitssystems nicht ausgetragen werden!

Die für 2019 geplante vollständige Aufhebung der Psychiatrie-Personalverordnung und der darin geregelten Personalbemessungskriterien sowie die Auswirkungen des Landeskrankenhausfinanzierungsgesetzes werden zu einer massiven Unterversorgung der Patientinnen und Patienten im Pfalzklunikum führen. Die Kahlschlag wird beim Pfalzklunikum also von zwei Seiten angesetzt: Werden

Patientinnen und Patienten krankheitsbedingt länger und umfassender behandelt oder früher wieder aufgenommen, als im Entgeltkatalog vorgesehen, bleiben die Zusatzkosten am Pfalzkrankenhaus hängen und gleichzeitig wird eine dringend gebotene Personalaufstockung verhindert. Diese politisch gewollte Entwicklung trifft in erster Linie die Patientinnen und Patienten und ihr Recht auf medizinische Versorgung, aber auch den Bezirksverband als Gewährsträger des Pfalzkrankenhauses.

DIE LINKE wird sich im Bezirkstag und darüber hinaus für eine gesetzlich geregelte Personalbemessung und ein Krankenhausfinanzierungsgesetz im Sinne der Patientinnen und Patienten einsetzen.

Meisterschule für Handwerker: In die Zukunft des Handwerks investieren

Insgesamt ist die Ausbildungsplatzbilanz in der Pfalz immer noch negativ, d.h. es suchen weiterhin weitaus mehr junge Menschen einen Ausbildungsplatz, als Handwerk, Handel oder Industrie zur Verfügung stellen. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist wie alle Systeme immer verbesserungsfähig, dennoch im europäischen Vergleich vorbildlich und auch die Meisterschule für Handwerker hat sich bewährt. Die Ausbildungssituation muss differenziert betrachtet und genau festgestellt werden, in welchen Handwerksberufen tatsächlich geeignete Bewerberinnen und Bewerber fehlen. Nur so lassen sich gezielte Maßnahmen entwickeln und erfolgreich umsetzen. Die Probleme des Handwerks liegen hauptsächlich im schulischen Bereich. Die berufsbildenden Schulen in der Pfalz sind oft schlecht ausgestattet, haben einen hohen Unterrichtsausfall und die Lehrpläne halten mit der realen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Handwerks nicht immer Schritt. Auch die Fortbildung der Berufsschullehrer ist durchaus verbesserungswürdig. Berufsschülerinnen und –schüler erhalten bei weitem nicht den Grad individueller Förderung, wie beispielsweise Gymnasiasten durch BEGYS oder andere spezielle Förderprogramme.

Deshalb sind Investitionen im Bildungsbereich auch immer Investitionen in die Zukunft des Handwerks. Die entscheidenden Probleme des Handwerks liegen im demographischen Wandel und bei der Ausbildungsförderung des Landes Rheinland-Pfalz. Generell wird sich die Zahl der Schulabsolventen weiter deutlich verringern und von Jahr zu Jahr abnehmen. Absolut kontraproduktiv auf die Bemühungen des Handwerks, sich für die Zukunft aufzustellen und weiterhin Handwerker und Handwerksmeister auf höchstem Niveau auszubilden und zu fördern, haben sich die Kürzungen der Landeszuschüsse und entsprechende Sparmaßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz ausgewirkt. Seit Jahren werden die Landeszuschüsse für die Handwerksförderung gekürzt. Dies betrifft insbesondere den Bau und die Ausstattung beruflicher Bildungszentren und Zuschüsse für die Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung. Besonders betroffen ist die Meisterschule für Handwerker, wo notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen seit Jahren verschoben werden, die Lehrwerkstätten dringend modernisiert werden müssten und die Sachausstattung nicht den Anforderungen genügt. Auch die Förderinstrumente und Zuschüsse für junge Existenzgründerinnen und –gründer im Handwerksbereich haben sich kontinuierlich verschlechtert und sind nicht dazu geeignet, Junghandwerker oder Jungmeister zu unterstützen. Diese Entwicklung muss umgekehrt und mehr Geld für die Förderung des Handwerks investiert werden. Die

Meisterschule für Handwerker muss dringend ausgebaut, saniert und modernisiert werden, um sich zukunftsfähig aufstellen zu können.

DIE LINKE im Bezirkstag wird sich für zeit- und sachgemäße Ausstattung der Meisterschule für Handwerker und ihrer Lehrwerkstätten einsetzen und darauf drängen, den maroden Gebäudebestand umfassend zu sanieren.

Pfalztheater, Historisches Museum und Pfalzgalerie: Aushängeschilder müssen glänzen

Das Historische Museum der Pfalz und die Pfalzgalerie spielen eine Hauptrolle im Kulturleben der Pfalz, sind wichtige Aushängeschilder des Bezirksverbandes und müssen unter allen Umständen erhalten, gefördert und angemessen finanziell ausgestattet werden. Das Historische Museum der Pfalz in Speyer steht vor einer dringend notwendigen Generalsanierung, die Millionen kosten wird. Kultur darf und kann nicht unter betriebswirtschaftlichen Sachzwängen betrachtet werden, denn solche Korsette sind das Ende von Kreativität und künstlerischen Schaffen. Kultureinrichtungen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft unterliegen auch nicht dem Zwang kommerzieller Kunstanbieter, sich am Massengeschmack ausrichten zu müssen, um entsprechende Einspielergebnisse zu erzielen. Es kommt vielmehr darauf an, weiterhin die Qualität und den speziellen Charakter der pfälzischen Kultureinrichtungen zu fördern, auszubauen und entsprechend zu bewerben, um Künste und Erinnerungskultur, die unverzichtbar sind für eine lebendige Demokratie, für alle Bürgerinnen und Bürger der Pfalz zugänglich zu machen. Hier ist auch die Kompetenz und die Kreativität der jeweiligen Leitungsebene gefragt, die es nach Kräften politisch zu unterstützen gilt.

Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst werden allgemein auf dem untersten vertretbaren Niveau ausverhandelt und müssen deshalb im Interesse der Angestellten nicht halbherzig, sondern konsequent umgesetzt werden. Deshalb führt kein Weg an einer Erhöhung der Zuschüsse des Bezirksverbandes vorbei und notfalls muss für die Finanzierung auch über eine Erhöhung der Verbandsumlage nachgedacht werden. Aus den gedeckelten Etats des Pfalztheaters und anderer Kultureinrichtungen ist die Finanzierung kommender Tarifabschlüsse nicht zu bestreiten, ohne damit die Zukunft der Einrichtungen insgesamt zu gefährden.

Auch die Stadt Kaiserslautern steht bei der Finanzierung des Pfalztheaters in der Pflicht und sollte für dessen Fortbestand mindestens das gleiche Engagement aufbringen wie für den Erhalt eines Fußballstadions.

DIE LINKE im Bezirkstag wird allen Bestrebungen widersetzen, die Kultureinrichtungen des Bezirksverbandes Sparzwängen zu opfern und wird sich für eine angemessene Entlohnung der Beschäftigten einsetzen.

Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation und Pfalzakademie: Gute Projekte – Inklusion bisher Fehlanzeige

Der Bezirkstag hat den Grundsatzbeschluss gefasst, mit der Stadt Frankenthal gemeinsam den dringend notwendigen Erweiterungsbau für das Karolinengymnasium und das Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation (PIH) zu stemmen. Dieses Projekt wird von der LINKEN im Bezirkstag ausdrücklich begrüßt. Neben dem dringend zu erweiternden Schulraum des PIH muss weiterhin die Inklusion

vorangetrieben werden. Es ist zu begrüßen, dass Schülerinnen und Schüler des PIH zukünftig bis zum Abitur geführt werden sollen. Diesen Weg sollten sie aber gemeinsam mit nicht sehbehinderten und nicht hörbehinderten Schülerinnen und Schülern zurücklegen. Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Bauleitplanung, dass der Erweiterungsbau in Gänze den Bestimmungen der Barrierefreiheit entspricht und so geplant wird, dass inklusiver Unterricht auf Grundlage der UN-Behindertenkonvention auch stattfinden kann. Die Bauplanungen müssen darüber hinaus von einem pädagogischen Konzept begleitet und Pädagogik und räumliche Gestaltung miteinander abgestimmt sein.

Für die Weiterentwicklung der Pfalzakademie Lambrecht zu einer Umwelt- und Weiterbildungsakademie wurde ein überzeugendes inhaltliches Konzept vorgelegt. Was fehlt, ist jegliches Finanzierungskonzept. Gerade in Hinblick auf die Neuausrichtung von Umweltbildung hin zu einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist dies eine echte Chance für die Pfalzakademie, sich zukunftsfähig aufzustellen. Diese Chance soll ergriffen werden, doch ohne dabei in finanzieller Hinsicht im Nebel zu agieren. Bildung für nachhaltige Entwicklung wird auf Bundes- und Landesebene mit entsprechenden Aktionsplänen vorangetrieben. Sie ist ohne die konsequente Umsetzung des Inklusionsgedankens schlechterdings nicht vorstellbar. Bisher wurden dafür keine Mittel bereitgestellt und der Zuschuss des Bezirksverbandes in Höhe der bisherigen jährlichen Aufwendungen eingefroren.

DIE LINKE wird sich im Bezirkstag dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit nicht nur Bildungsinhalt, sondern Grundlage politischer Entscheidungen wird. Bei der Umsetzung der Projekte im Pfalzinstitut für Hören und Sehen sowie der Pfalzakademie ist darauf zu achten, dass die Bestimmungen der UN-Behindertenkonvention vollumfänglich umgesetzt werden und der seit 2015 bestehende Rechtsanspruch auf inklusive Bildung umgesetzt wird. Dies bedeutet insbesondere Barrierefreiheit der baulichen Anlagen und ein durchdachtes pädagogisches Konzept für inklusiven Unterricht an den Bildungseinrichtungen des Bezirksverbandes.

Hofgut Neumühle: Vom Neoliberalismus von der Landkarte getilgt

Das Hofgut Neumühle mit seiner Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung ist ein wichtiges Standbein des Bezirksverbandes und die dort stattfindende überbetriebliche Ausbildung für angehende Landwirte gehört zu seinen Kernkompetenzen. Die Absage der Landesregierung, sich an der Finanzierung der dringend notwendigen Modernisierung der Lehrwerkstatt für Schweinehaltung zu beteiligen, dürfte das Aus für die gesamte Einrichtung bedeuten.

Die Landesregierung ist sich der Tragweite ihrer Entscheidung nicht bewusst und nimmt den Verlust eines wichtigen Ausbildungs- und Bildungsstandorts in Kauf. Bezeichnend ist die Argumentation des zuständigen Staatssekretärs. Wer von Schweineproduktion spricht und der industriellen Qualtierhaltung in anderen Bundesländern das Wort redet, hat überhaupt nicht verstanden, um was es im Hofgut Neumühle geht. Es geht gerade nicht darum, den Blick für eine wettbewerbsfähige Schweinehaltung zu schärfen.

Das 1951 gegründete Hofgut Neumühle ist für die Aus- und Fortbildung in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie für die überbetriebliche Erst- sowie Meisterausbildung in den Bereichen Milchkühe, Rinderaufzucht, Schafe und Schweine zuständig. Darüber hinaus ist die Einrichtung Sitz der im EU-Raum einzigartigen Bundesfachschule Vieh und Fleisch und erfüllt einen wichtigen Bildungsauftrag in der nachhaltigen Umwelterziehung des Landes Rheinland-Pfalz.

DIE LINKE im Bezirkstag wird sich der Liquidation des Ausbildungsstandorts Neumühle widersetzen und den Bezirkstag drängen, weitere Verhandlungen für dessen Erhalt zu führen

Pfalzpreise: Mehr Weltoffenheit, weniger Provinzialität

Der Bezirksverband hat sich durch die Verabschiedung neuer Richtlinien für die Verleihung der Pfalzpreise zwar bemüht, die einzelnen Preise zeitgemäßer zu gestalten, bleibt aber hinter den Erwartungen zurück. Zu begrüßen sind der Else Lasker-Schüler-Dramatikerpreis und der Else Lasker-Schüler-Stückpreis. Die Stücke der Preisgewinner werden jeweils am Pfalztheater uraufgeführt, was eine beachtliche Leistung mit innovativem Charakter darstellt. Im Gegensatz dazu ist der Fokus der restlichen Pfalzpreise etwas zu sehr verengt auf regionale Aspekte der Pfalz. Hier würde etwas mehr Weltoffenheit nicht schaden und würde sich fruchtbar auf die kulturelle Vielfalt der Preise auswirken. Auch sollte die Dominanz des Bezirkstagsvorsitzenden in den Preisverleihungskomitees durch demokratischere Strukturen ersetzt und so die verstärkte Einbeziehung von Kompetenzen aus dem Bereich der Kulturschaffenden ermöglicht werden. Neu hinzugekommen ist der „Ludwig-Wagner-Preises für Toleranz und Zivilcourage“, der als Friedenspreis des Bezirksverbandes für herausragende Leistungen für ein friedliches Miteinander und Völkerverständigung verliehen wird. Leider konnte sich die Preisjury nicht dazu durchringen, tatsächliche Friedensaktivisten in die engere Wahl für den Friedenspreis des Bezirksverbandes aufzunehmen.

DIE LINKE im Bezirkstag wird auch bei der kommenden Preisverleihung eine Person vorschlagen, die sich national und international seit Jahrzehnten für Frieden eingesetzt hat und als eine Art lebendiges Netzwerk der Taten und Ideen für Toleranz und Zivilcourage wie kaum eine andere Pfälzerin oder Pfälzer für die Verwirklichung dieser Ziele im weltweiten Austausch steht.

Partnerschaftsprojekte mit Partnerland Ruanda ausbauen

Im Jahr 2015 ergab sich durch den Besuch des Schulleiters der Meisterschule in Ruanda ein gemeinsames Fortbildungsprojekt für ruandische Berufsausbilder. An den Fortbildungsseminaren der Meisterschule für Handwerker in Kaiserslautern nahmen 6 Ausbilder aus Ruanda teil, die an einem Ausbildungszentrum im Süden des afrikanischen Landes mehr als 1.500 angehende Handwerkerinnen und Handwerker unterrichten. Dieses Beispiel sollte Schule machen.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass neben sozialen Projekten auch Natur- und Artenschutzprojekte sowie Klimaschutzprojekte dafür in erster Linie in Frage kommen. Seit 1983 gibt es in Ruanda ein MAB-Programm zum Schutz der vom

Aussterben bedrohten Berggorillas. In Ruanda – und nicht nur dort – stehen solche wichtigen Artenschutzprojekte immer wieder im Konflikt mit der gleichzeitigen, oftmals illegalen, Nutzung der Schutzgebiete zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse, z.B. durch Brandrodungen für den Anbau landwirtschaftlicher Nutzpflanzen, der Verarmung der Böden durch nicht stattfindenden Fruchtwechsel, falsche Düngemethoden oder unsachgemäßen Einsatz von Pestiziden. Um grundlegendes Wissen über eine nachhaltige und ökologische Bodennutzung zu vermitteln, könnte an das bereits bestehende MAB-Projekt in Ruanda der Bezirksverband Pfalz andocken und beispielsweise mit dem Know-How der LUFA-Speyer und des Hofgutes Neumühle dazu beitragen, einer nachhaltigen und ökologischen Bodennutzung zum Durchbruch zu verhelfen. Langfristiges Ziel sollte sein, den dort lebenden Menschen Wege aufzuzeigen, wie Naturschutz und wirtschaftliche Nutzung ganz im Sinne von „Men and Biosphere“ miteinander in Einklang zu bringen sind. Auch Klimaschutzprojekte sind gerade in afrikanischen Ländern nicht besonders verbreitet. Klimaschutz kann sehr kleinteilig beginnen, z.B. über Aufklärungsarbeit und Fortbildungsmaßnahmen in Austauschprogrammen oder Vortrags- und Seminarreihen zur Schaffung eines Klimabewusstseins. Ganz praktisch wird Klimaschutz durch die Förderung von Wiederaufforstungsprogrammen oder anderen ökologischen Sanierungsprogrammen, die in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort in Ruanda und anderen Institutionen auf Landesebene gemeinsam angegangen werden könnten.

DIE LINKE im Bezirkstag wird den Ausbau des Engagements des Bezirksverbandes Pfalz mit dem rheinlandpfälzischen Partnerland Ruanda und eine Verstärkung der entwicklerischen Zusammenarbeit unterstützen und einfordern

Gurs ermahnt uns, im Gedenken an die Holocaust-Opfer nicht nachzulassen

Der Bezirksverband Pfalz ist seit 2006 Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung und Pflege des Deportiertenfriedhofs Gurs“, die von badischen, pfälzischen und saarländischen Kommunen initiiert wurde.

In das Internierungslager Gurs wurden am 22. Oktober 1940 mehr als 6000 Juden aus der Pfalz, dem Saargebiet und Baden deportiert und erlitten ein unmenschliches Schicksal. Das Lager Gurs und seine Nebenstandorte Rivesalt, Recebedou und Noe` wurden von der französischen Regierung ursprünglich als Internierungslager für politische Flüchtlinge aus Spanien und geflohene Kämpfer aus dem spanischen Bürgerkrieg eingerichtet und bestanden bereits seit April 1939. Nach der Befreiung Frankreichs wurde das Lager für Kollaborateure und deutsche Kriegsgefangene genutzt und am 31. Dezember 1945 geschlossen. Anschließend wurde das Lagergelände eingeebnet, die Baracken abgerissen und auf dem Gelände Wald angepflanzt. Das Lager und das dort erlittene Leid sollten ungeschehen gemacht werden.

Verantwortlich für die Deportation der Juden waren der badische Gauleiter Robert Wagner und Josef Bürckel, Gauleiter der Saarpfalz. Die jüdische Bevölkerung feierte am 21. Oktober gerade das Laubhüttenfest, als die Gestapo in ihre Wohnungen eindrang und alle Juden vom Kind bis zum Greis aufforderte, sich innerhalb von 30 Minuten zur Abfahrt bereit zu halten. Mitnehmen durften die Menschen 50 Kilogramm Gepäck und 100 Reichsmark, dann wurden sie mit Omnibussen zu den bereitstehen

Güterzügen transportiert, verladen und nach Frankreich deportiert. Die französische Übergangsregierung musste binnen weniger Stunden ein Internierungslager bereitstellen und entschied sich für das Pyrenäen-Lager Gurs, wo bereits Brigadisten aus dem spanischen Bürgerkrieg und politische Gefangene, größtenteils Kommunisten und Sozialdemokraten, aus halb Europa interniert waren. Nach der Aktion meldete Gauleiter Bürckel stolz seinem Führer, die Pfalz sei „judenrein“.

DIE LINKE im Bezirkstag begrüßt das Engagement des Bezirksverbandes bei der Erhaltung des Gedenkortes Gurs als wichtigen Beitrag der Erinnerungskultur und des Gedenkens an die Gräueltaten der Nazis während des Holocaust. Vor allem der jungen Generation sollte durch eine fundierte Aufklärungsarbeit das schreckliche Schicksal der pfälzischen Juden vor Augen geführt werden, damit der Holocaust als beispielloses Verbrechen der Menschheitsgeschichte nicht in Vergessenheit gerät und als Mahnung für kommende Generationen verstanden wird. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus lautet das Vermächtnis von Millionen Opfern des Nationalsozialismus, das es zu bewahren gilt und gleichzeitig Aufruf ist, sich für eine demokratische, weltoffene und tolerante Gesellschaft einzusetzen und rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien entgegenzuwirken. Dazu leistet der Bezirksverband wertvolle Arbeit als Herausgeber und Initiator zahlreicher Fachpublikationen, Projekten und Veranstaltungen und wird durch das persönliche Engagement der Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN im Bezirkstag als Co-Autoren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Gedenkprojekten unterstützt. Diese Arbeit wird DIE LINKE im Bezirkstag auch in der kommenden Wahlperiode des Bezirkstages fortsetzen.

An der Gedenkstätte in Gurs in Südfrankreich sind etwa 200 Meter Bahngleise „aus dem Nichts“ verlegt. Sie suggerieren, dass die im Internierungslager Gurs Inhaftierten mit Zügen ins Lager transportiert wurden. Selbst ein Bahnsteig wurde in Betonbauweise nachempfunden. Es ist nicht nachvollziehbar, was sich die Gestalter der Gedenkstätte bei diesem Ensemble gedacht haben mögen. Jedenfalls ist der damit erweckte Eindruck historisch falsch, denn das Internierungslager Gurs besaß nie einen Bahnanschluss. Die Häftlinge und Deportierten wurden überwiegend mit LKWs in das Lager gebracht oder mussten Fußmärsche dahin zurücklegen. Der Bezirksverband Pfalz ist Teil der Trägergemeinschaft der Gedenkstätte und trägt somit auch eine Mitverantwortung für deren Gestaltung.

DIE LINKE im Bezirkstag wird darauf hinwirken, dass die Gestaltung der Gedenkstätte Gurs den historischen Tatsachen entsprechend gestaltet wird und die Bahngleise abmontiert werden.

Entwurf von Frank Eschrich, März 2018

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz